

Betriebsverfassungsrecht

Eine systematische Darstellung
von Dr. jur. Gerhard Etzel,
Richter am Arbeitsgericht Kassel

Anhangtexte:

Betriebsverfassungsgesetz 1972

Wahlordnung

Betriebsverfassungsgesetz 1952

2. Auflage

Luchterhand

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorworte	V
Literatur	XXV
Systematische Darstellung	
A. Grundbegriffe des Betriebsverfassungsrechts	1
<i>I. Betrieb</i>	1
1. Betriebsratsfähigkeit	2
2. Nebenbetrieb	2
3. Betriebsteil	3
<i>II. Unternehmen</i>	4
<i>III. Arbeitgeber</i>	5
<i>IV. Arbeitnehmer</i>	5
<i>V. Arbeiter</i>	7
<i>VI. Angestellte</i>	8
<i>VII. Leitende Angestellte</i>	8
1. Tatbestandsmerkmal des § 5 Abs. 3 Nr. 1 BetrVG	9
2. Tatbestandsmerkmal des § 5 Abs. 3 Nr. 2 BetrVG	9
3. Tatbestandsmerkmal des § 5 Abs. 3 Nr. 3 BetrVG	10
4. Dienststellung und Dienstvertrag	11
5. Einzelfälle	12
B. Der Betriebsrat	19
<i>I. Voraussetzungen für die Errichtung eines Betriebsrats</i>	19
<i>II. Die Zusammensetzung des Betriebsrats</i>	20
1. Zahl der Betriebsratsmitglieder	20
2. Vertretung der Gruppen im Betriebsrat	22
<i>III. Die Wahl des Betriebsrats</i>	25
1. Wahlberechtigung und Wählbarkeit	25

	Seite
a) Wahlberechtigung	25
b) Wählbarkeit	26
2. Wahlvorstand	28
a) Zusammensetzung des Wahlvorstandes	28
b) Bestellung des Wahlvorstandes in Betrieben mit Betriebsrat	29
c) Bestellung des Wahlvorstandes in Betrieben ohne Betriebsrat	31
d) Aufgaben und Stellung des Wahlvorstandes	32
aa) Allgemeines	32
bb) Einzelne Aufgaben	33
e) Beendigung des Amtes des Wahlvorstandes	36
3. Wahlverfahren	37
a) Gruppenwahl und gemeinsame Wahl	37
b) Verhältniswahl und Mehrheitswahl	38
aa) Grundsatz	38
bb) Verhältniswahl	38
cc) Mehrheitswahl	39
c) Wahlvorschläge	40
d) Weitere Vorschriften	43
4. Schutz der Wahl	43
5. Kosten der Wahl	46
6. Besonderer Kündigungsschutz für Mitglieder des Wahlvorstandes	48
a) Ordentliche Kündigung	49
b) Außerordentliche Kündigung	49
7. Besonderer Kündigungsschutz für Wahlbewerber zur Betriebsratswahl	50
8. Besonderer Kündigungsschutz für Wahlbewerber zum Wahlvorstand	52
9. Gerichtliche Geltendmachung von Verstößen gegen das Wahlverfahren vor der Betriebsratswahl	53

	Seite
a) Umfang der Geltendmachung	53
b) Antragsbefugnis	55
c) Rechtsschutzinteresse	55
10. Unwirksamkeit der Betriebsratswahl	56
a) Nichtigkeit der Wahl	56
b) Anfechtbarkeit der Wahl	58
aa) Antragsberechtigung	58
bb) Frist und Form	58
cc) Rechtsverletzung	59
α) Grundsatz	59
β) Einzelfälle	59
γ) Unrichtigkeit der Wählerliste	61
dd) Fehlende Berichtigung des Wahlergebnisses	62
ee) Beeinflussung des Wahlergebnisses	63
c) Rechtswirkungen bei nichtiger und erfolgreich angefochtener Wahl	64
IV. <i>Die Amtszeit des Betriebsrats</i>	65
1. Beginn der Amtszeit	66
2. Ende der Amtszeit	66
V. <i>Das Erlöschen der Mitgliedschaft im Betriebsrat und die vorübergehende Verhinderung einzelner Betriebsratsmitglieder</i>	69
1. Erlöschen der Mitgliedschaft	69
2. Vorübergehende Verhinderung	71
VI. <i>Die Geschäftsführung des Betriebsrats</i>	72
1. Der Betriebsratsvorsitzende und sein Stellvertreter	72
a) Wahl	72
b) Amtszeit	74
c) Aufgaben	74

	Seite
2. Ausschüsse des Betriebsrats	75
a) Betriebsausschuß	75
b) Sonstige Ausschüsse	78
3. Betriebsratssitzungen	79
a) Einberufung	79
b) Teilnahmerecht von Arbeitgeber und Verbandsvertretern	79
c) Durchführung der Betriebsratssitzung	80
d) Abstimmungen	81
e) Arbeitsbefreiung für Sitzungsteilnehmer	82
4. Beschlüsse des Betriebsrats	83
a) Beschlußfassung	83
b) Aussetzung von Beschlüssen	84
c) Unwirksamkeit von Beschlüssen	86
5. Ständige Freistellung von Betriebsratsmitgliedern	87
a) Freistellung in Betrieben mit weniger als 300 Arbeitnehmern	87
b) Freistellung in Betrieben mit 300 oder mehr Arbeitnehmern	88
aa) Anzahl der freizustellenden Betriebsratsmitglieder	88
α) Grundsatz	88
β) Anweitige Regelung durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung	89
γ) Generelle Erhöhung der gesetzlichen Mindestzahlen	89
δ) Ersatzfreistellung bei vorübergehender Verhinderung freigestellter Betriebsratsmitglieder	90
bb) Auswahl der freizustellenden Betriebsratsmitglieder	91
α) Beschlußfassung des Betriebsrats	91

β)	Anrufung der Einigungsstelle	92
6.	Freistellung von Betriebsratsmitgliedern für Betriebsratsstätigkeit im Einzelfall	93
a)	Voraussetzungen des Freistellungsanspruchs	93
aa)	Erfüllung von Aufgaben des Betriebsrats	94
bb)	Erforderlichkeit der Arbeitsbefreiung	95
b)	Durchsetzung des Freistellungsanspruchs	96
7.	Freistellung von Betriebsratsmitgliedern für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 6 BetrVG	97
a)	Erforderlichkeit der Schulung	97
aa)	Grundsätzliches	97
bb)	Konkrete Situation im Betrieb	98
cc)	Konkrete Situation im Betriebsrat	98
dd)	Teilweise Erforderlichkeit	101
ee)	Zulässige Dauer der Schulung	102
ff)	Einzelfälle	102
b)	Träger der Schulungsveranstaltungen	106
c)	Verfahren zur Freistellung	106
aa)	Beschlußfassung des Betriebsrats	106
bb)	Unterrichtung des Arbeitgebers	108
cc)	Gerichtliche Geltendmachung	110
8.	Freistellung von Betriebsratsmitgliedern für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 7 BetrVG	112
a)	Voraussetzungen des Freistellungsanspruchs	112
b)	Gegenstand der Schulungsveranstaltungen	113
aa)	Grundsätzliches	113
bb)	Einzelfälle	114
c)	Behördliche Anerkennung als geeignet	115
9.	Sachmittel und Büropersonal	117
10.	Kostenerstattung bei Amtstätigkeiten	118

	Seite
a) Grundsatz	118
b) Kostenerstattung bei unmittelbarer Amtstätigkeit	119
aa) Kosten des Betriebsratsgremiums	119
bb) Kosten einzelner Betriebsratsmitglieder	121
c) Kostenerstattung wegen der Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 6 BetrVG	124
aa) Grundsatz	124
bb) Anerkenntnis durch Arbeitgeber	127
cc) Höhe der zu erstattenden Kosten	128
α) Allgemeine Richtlinien	128
β) Abzüge wegen ersparter Aufwendungen	129
γ) Abzüge wegen weiterer Entfernung des Schulungsortes	130
dd) Abtretbarkeit und Pfändbarkeit des Kostenerstattungsanspruchs	131
ee) Verfall und Verwirkung des Kostenerstattungsanspruchs	131
ff) Befugnis zur gerichtlichen Geltendmachung des Kostenerstattungsanspruchs	132
gg) Verfahrensart für die gerichtliche Geltendmachung des Kostenerstattungsanspruchs	133
d) Kostenerstattung wegen der Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 7 BetrVG	133
11. Durchführung von Sprechstunden	134
12. Zusammenarbeit mit Arbeitgeber	135
13. Wahrung des Betriebsfriedens, insbesondere das Verbot von Arbeitskämpfen und parteipolitischer Betätigung	137
VII. <i>Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrats</i>	140
1. Allgemeine Aufgaben	140
a) Überwachungsaufgaben	140

b)	Anspruch auf Unterrichtung durch den Arbeitgeber und auf Aushändigung von Unterlagen	143
c)	Einsichtnahme in Lohn- und Gehaltslisten	145
aa)	Einsichtsberechtigter Personenkreis	145
bb)	Anlaß zur Ausübung des Einsichtsrechts	146
cc)	Inhalt und Umfang des Einsichtsrechts	147
dd)	Durchsetzung des Anspruchs auf Einsichtnahme	147
d)	Hinzuziehung von Sachverständigen	148
2.	Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten	148
a)	Allgemeine Grundsätze	148
aa)	Notwendige und freiwillige Mitbestimmung	148
bb)	Mitbestimmungsfähige Tatbestände	149
cc)	Vorrang einer gesetzlichen oder tariflichen Regelung	150
dd)	Initiativrecht des Betriebsrats	153
ee)	Mitbestimmung in Eil- und Notfällen	154
ff)	Regelung mitbestimmungspflichtiger Angelegenheiten in betriebsratslosen Betrieben	154
gg)	Streitigkeiten	155
b)	Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb (§87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG)	156
c)	Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage (§ 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG)	160
d)	Vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit (§ 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG)	161
e)	Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte (§ 87 Abs. 1 Nr. 4 BetrVG)	165
f)	Aufstellung allgemeiner Urlaubsgrundsätze und des Urlaubsplanes sowie die Festsetzung	

	Seite
der zeitlichen Lage des Urlaubs für einzelne Arbeitnehmer, wenn zwischen dem Arbeitgeber und den beteiligten Arbeitnehmern kein Einverständnis erzielt wird (§ 87 Abs. 1 Nr. 5 BetrVG)	165
g) Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG)	167
h) Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften (§ 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG)	170
i) Weitere Regelungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes	171
aa) Durchführung des Arbeitsschutzes, insbesondere die Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren (§ 89 BetrVG)	171
bb) Arbeitssicherheitsgesetz	173
j) Form, Ausgestaltung und Verwaltung von Sozialeinrichtungen, deren Wirkungsbereich auf den Betrieb, das Unternehmen oder den Konzern beschränkt ist (§ 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG)	174
k) Zuweisung und Kündigung von Wohnräumen, die den Arbeitnehmern mit Rücksicht auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses vermietet werden, sowie die allgemeine Festlegung der Nutzungsbedingungen (§ 87 Abs. 1 Nr. 9 BetrVG)	178
l) Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung (§ 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG)	180
aa) Betriebliche Lohngestaltung	180

	Seite
bb) Entlohnungsgrundsätze	183
cc) Entlohnungsmethoden	184
m) Festsetzung der Akkord- und Prämiensätze und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte, einschließlich der Geldfaktoren (§ 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG)	185
n) Grundsätze über das betriebliche Vorschlagswesen (§ 87 Abs. 1 Nr. 12 BetrVG)	186
3. Mitbestimmung bei der Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung	188
a) Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers und Beratungsrechts des Betriebsrats	188
b) Maßnahmen bei besonderer Belastung der Arbeitnehmer	190
4. Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten	191
a) Grundbegriffe	191
aa) Einstellung	191
bb) Eingruppierung	192
cc) Umgruppierung	193
dd) Versetzung	194
ee) Kündigung	196
b) Mitwirkung in allgemeinen personellen Angelegenheiten	196
aa) Personalplanung	196
bb) Auswahlrichtlinien bei personellen Maßnahmen	197
cc) Ausschreibung von Arbeitsplätzen	199
dd) Personalfragebogen	201
ee) Angaben in Formularverträgen	202
ff) Beurteilungsgrundsätze	203
c) Mitwirkung bei der Berufsbildung	204

	Seite
aa) Förderung der Berufsbildung und Beratung bei der Einführung von Berufsbildungsmaßnahmen	204
bb) Mitwirkung bei der Durchführung von betrieblichen und der Unterstützung von außerbetrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen	205
cc) Mitwirkung bei der Bestellung und Abberufung von Ausbildern	206
d) Mitwirkung bei Einstellungen	207
aa) Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers	207
bb) Schweigepflicht der Betriebsratsmitglieder	209
cc) Verweigerung der Zustimmung des Betriebsrats zur Einstellung	209
α) Verweigerungsgründe	209
β) Beachtlichkeit der Zustimmungsverweigerung	213
dd) Vorläufige Einstellung durch Arbeitgeber	214
ee) Aufhebung einer Einstellung oder vorläufigen Einstellung	217
e) Mitwirkung bei Eingruppierungen, Umgruppierungen und Versetzungen	219
aa) Eingruppierungen und Umgruppierungen	219
bb) Versetzungen	220
f) Mitwirkung bei Kündigungen	221
aa) Mitwirkungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses	221
bb) Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers	224
cc) Nachschieben von Kündigungsgründen	229
α) Bei Ausspruch der Kündigung bekannte Kündigungsgründe	229
β) Bei Ausspruch der Kündigung unbekannte Kündigungsgründe	230
dd) Äußerungsfristen für Betriebsrat	232
ee) Willensbildung des Betriebsrats	233

	Seite
ff) Abschluß des Anhörungsverfahrens	234
gg) Umdeutung einer außerordentlichen Kündigung	235
hh) Rechtsfolgen bei Fehler im Anhörungsverfahren	236
ii) Die Stellungnahme des Betriebsrats bei einer ordentlichen Kündigung	237
α) Zustimmung, Schweigen, Bedenken, Widerspruch	237
β) Voraussetzungen eines ordnungsgemäßen Widerspruchs	239
γ) Widerspruchsgründe	241
jj) Die Stellungnahme des Betriebsrats bei einer außerordentlichen Kündigung	244
kk) Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers nach Ablauf der Kündigungsfrist	244
α) Voraussetzungen des Weiterbeschäftigungsanspruchs	245
β) Entbindung des Arbeitgebers von der Weiterbeschäftigungspflicht	248
αα) Gründe für die Befreiung von der Weiterbeschäftigung	248
ββ) Verfahren	251
5. Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten	253
a) Mitwirkung über den Wirtschaftsausschuß	253
aa) Bildung des Wirtschaftsausschusses	253
bb) Sitzungen des Wirtschaftsausschusses	254
cc) Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers	254
dd) Auskunftersuchen des Wirtschaftsausschusses	256
ee) Hinzuziehung von Sachverständigen	257
ff) Hinzuziehung von Verbandsvertretern	258
b) Mitwirkung bei Betriebsänderungen	258

	Seite
aa) Begriff der Betriebsänderung	259
α) Einschränkung und Stilllegung des ganzen Betriebs oder von wesentlichen Betriebsteilen	260
β) Verlegung des ganzen Betriebs oder von wesentlichen Betriebsteilen	262
γ) Zusammenschluß mit anderen Betrieben	262
δ) Grundlegende Änderungen der Betriebsorganisation, des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen	262
e) Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren	263
bb) Beratung und Interessenausgleich	263
cc) Abfindungen und Ausgleichszahlungen	265
dd) Sozialplan	267
α) Voraussetzungen für das Mitwirkungsrecht des Betriebsrats	267
β) Verfahren für die Aufstellung des Sozialplans	268
γ) Sozialplan im Konkurs und Vergleichsverfahren	270
δ) Inhalt des Sozialplans	270
e) Wirkung des Sozialplans	273
6. Betriebsvereinbarungen	274
a) Begriff	274
b) Form	274
c) Regelungsbefugnis der Betriebspartner	275
d) Auslegung und Billigkeitskontrolle	276
e) Rechtswirkung einer Betriebsvereinbarung	278
f) Durchführung einer Betriebsvereinbarung	279
g) Außerkrafttreten einer Betriebsvereinbarung	279
VIII. Die Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder	280
1. Allgemeiner Schutz der Betriebsratsmitglieder	280

	Seite
2. Vergütungsansprüche bei Betriebsrattätigkeit	281
a) Vergütung bei unmittelbarer Amtstätigkeit während der Arbeitszeit	281
b) Vergütung bei unmittelbarer Amtstätigkeit außerhalb der Arbeitszeit	284
c) Vergütung bei der Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	285
3. Wirtschaftliche und berufliche Absicherung	287
4. Kündigungsschutz	288
a) Schutz bei ordentlicher und außerordentlicher Kündigung	288
b) Wirksamkeitsvoraussetzungen für eine außerordentliche Kündigung durch den Arbeitgeber	289
aa) Die Zustimmung des Betriebsrats	289
bb) Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrats	291
cc) Der wichtige Grund zur Kündigung	294
dd) Ausschußfrist zur Geltendmachung des wichtigen Grundes	295
c) Suspendierung des Arbeitsverhältnisses vor Ausspruch einer außerordentlichen Kündigung	296
d) Nachwirkender Kündigungsschutz	297
e) Wirksamkeitsvoraussetzungen für eine ordentliche Kündigung des Arbeitgebers	298
f) Der Kündigungsschutzprozeß	300
aa) Klagefrist	300
bb) Rechtsfolgen der rechtskräftigen Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrats zur Kündigung für den Kündigungsrechtsstreit	300
cc) Weiterbeschäftigung und Zutritt zum Betrieb während des Kündigungsrechtsstreits	301
dd) Nachschieben von Kündigungsgründen	302

5.	Weiterbeschäftigungsanspruch nach befristetem Ausbildungsverhältnis	302
a)	Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers	302
b)	Begründung eines Arbeitsverhältnisses	303
c)	Gerichtliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses	305
C.	Weitere Organe der Betriebsverfassung	307
<i>I.</i>	<i>Betriebsversammlung</i>	<i>307</i>
1.	Zusammensetzung der Betriebsversammlung	307
2.	Arten der Betriebsversammlung	308
a)	Betriebs(voll)versammlung, Teilversammlung, Abteilungsversammlung	308
b)	Ordentliche Betriebsversammlung	309
c)	Außerordentliche Betriebsversammlung	310
d)	Betriebsversammlung zur Wahl eines Wahlvorstandes zur Betriebsratswahl	311
3.	Einberufung, Leitung und Durchführung der Betriebsversammlung	311
4.	Aufgaben der Betriebsversammlung	312
a)	In Betrieben ohne Betriebsrat	312
b)	In Betrieben mit Betriebsrat	312
5.	Zeitpunkt der Betriebsversammlung und Entgeltfortzahlung	314
6.	Ort der Betriebsversammlung	316
7.	Unterrichtung des Arbeitgebers	317
8.	Teilnahme des Arbeitgebers und betriebsfremder Personen	317
<i>II.</i>	<i>Jugendvertretung, Gesamtjugendvertretung</i>	<i>320</i>
1.	Wahl und Amtszeit der Jugendvertretung	320
2.	Aufgaben der Jugendvertretung	321
3.	Teilnahme von Jugendvertretern an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 6 BetrVG	322

	Seite	
4.	Kündigungsschutz für Jugendvertreter	323
5.	Jugendversammlung	323
6.	Gesamtjugendvertretung	324
III.	<i>Vertrauensmann und Gesamtvertrauensmann der Schwerbehinderten</i>	324
IV.	<i>Gesamtbetriebsrat</i>	325
1.	Zusammensetzung	325
2.	Geschäftsführung	326
3.	Zuständigkeit	327
a)	Notwendigkeit einheitlicher Regelung	327
b)	Beauftragung durch Einzelbetriebsrat	329
V.	<i>Betriebsräteversammlung</i>	330
VI.	<i>Konzernbetriebsrat</i>	330
VII.	<i>Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat</i>	331
1.	Wahl der Arbeitnehmersvertreter	331
2.	Verschwiegenheitspflicht der Arbeitnehmersvertreter	332
VIII.	<i>Die Einigungsstelle</i>	333
1.	Zuständigkeit der Einigungsstelle	333
2.	Bildung der Einigungsstelle	334
a)	Zeitpunkt	334
b)	Zusammensetzung	334
3.	Rechtsstellung der Mitglieder der Einigungsstelle	336
a)	Annahme und Ausübung des Amtes	336
b)	Schutz ihrer Tätigkeit, Verschwiegenheitspflicht	336
c)	Anspruch auf Honorar und Kostenerstattung	337
4.	Verfahren vor der Einigungsstelle	339
a)	Einberufung der Sitzung	339
b)	Verhandlung	340
c)	Entscheidung	341

	Seite
5. Gerichtliche Überprüfung der Entscheidung der Einigungsstelle	342
D. Sprecherausschüsse für leitende Angestellte	343
E. Betriebsverfassungsrechtliche Rechte einzelner Arbeitnehmer	344
I. Ansprüche des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber auf Unterrichtung, Anhörung und Erörterung	334
II. Einsichtnahme in Personalakten	346
III. Beschwerderecht	348
F. Die Mitwirkung der Verbände	349
I. Aufgaben	349
II. Zugangsrecht von Gewerkschaftsbeauftragten zum Betrieb	351
1. Zweckgebundenheit des Zugangsrechts	351
2. Anzeige des Betriebsbesuchs	352
3. Aufenthaltsort für Gewerkschaftsbeauftragten im Betrieb	352
4. Aufenthaltsdauer im Betrieb	352
5. Zutrittsverweigerungsgründe für Arbeitgeber	353
a) Person des Gewerkschaftsbeauftragten	353
b) Zweck des Besuchs	353
c) Betriebliche Interessen	353
III. Gewerkschaftswerbung im Betrieb	354
G. Sonderregelungen für bestimmte Arten von Betrieben	355
I. Tendenzunternehmen	355
1. Begriff und Bedeutung	355
2. Einschränkung der Beteiligungsrechte des Betriebsrats	356
a) Grundsatz	356

	Seite
b) Mitwirkung in sozialen Angelegenheiten	356
c) Mitwirkung in personellen Angelegenheiten	357
d) Mitwirkung in wirtschaftlichen Angelegenheiten	359
<i>II. Seeschiffahrtsunternehmen und Seebetriebe</i>	360
<i>III. Luftfahrtunternehmen</i>	360
<i>IV. Religionsgemeinschaften</i>	360
 Rechtsvorschriften	
Betriebsverfassungsgesetz 1972	363
Wahlordnung	429
Betriebsverfassungsgesetz 1952	446
 Anhänge	
1. Muster — Unterrichtung und Beratung nach § 90	459
2. Muster — Personalplanung	450
3. Muster — Personalplanung (vereinfachte Ausgabe)	451
4. Muster — Personalplanung	452
5. Muster — Personalplanung	453
6. Muster — Richtlinien für die innerbetriebliche Stellenausschreibung	454
7. Muster — Personalbogen für gewerbliche Arbeitnehmer	457
8. Muster — Personalbogen für Angestellte	461
9. Muster — Beurteilungsgrundsätze für gewerbliche Arbeitnehmer	471
10. Muster — Beurteilungsgrundsätze für Angestellte	472
11. Hinweise für die Ausarbeitung von Auswahlrichtlinien	474
12. Muster — Mitteilung über geplante Einstellung von gewerblichen Arbeitnehmern/Angestellten (§ 99)	477

	Seite
13. Muster — Mitteilung über geplante Umgruppierung/ Versetzung von gewerblichen Arbeitnehmern/Angestellten (§ 99)	479
14. Muster — Empfangsbestätigung des Betriebsrats an die Personalabteilung	481
15. Schema zu Einstellungen/Ein- und Umgruppierungen sowie Versetzungen ohne Unterrichtung des Betriebs- rats (§§ 99—101)	482
16. Schema zu Einstellungen/Ein- und Umgruppierungen sowie Versetzungen mit Unterrichtung des Betriebs- rats (§§ 99—101)	484
17. Muster — Vorläufige personelle Maßnahmen	487
18. Schema zur ordentlichen Kündigung mit Anhörung (§ 102)	488
19. Schema zur außerordentlichen Kündigung mit Anhö- rung des Betriebsrats (§ 102)	490
20. Schema zur ordentlichen und außerordentlichen Kün- digung ohne Anhörung des Betriebsrats (§ 102)	491
21. Muster — Mitteilung an den Betriebsrat über beab- sichtigte Kündigung (§ 102)	492
22. Muster — Mitteilung über Einstellung/personelle Ver- änderung (§ 105)	493
Stichwortverzeichnis	495